

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

BLICKPUNKT
ZUKUNFT

**Zeitschrift
mit
Beiträgen
und
Zeitdokumenten
zur
Zukunfts- und Friedensdiskussion**

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-\$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Die Ausgaben 1 - 68 sind als Volltext
im Internet kostenlos erhältlich

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997 auch im Internet

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 68 · Januar 2020 · 40. Jahrgang

40 Jahre BLICKPUNKT ZUKUNFT

40 Jahre lang gibt es BLICKPUNKT ZUKUNFT. Diese konsequent auf Werbung verzichtende Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion wurde 1980 gegründet und erscheint seit 1981 regelmäßig. Einige Ausgaben erreichten eine Auflage von 3000 Exemplaren. Zu den Printausgaben sind auch alle Ausgaben als PDF-Dokument im Internet seit 1997 kostenlos erhältlich, was den Kreis der Leserinnen und Leser erheblich steigerte.

Diese Zeitschrift sollte die Ziele der von mir 1977 mitgegründeten und als Vorsitzender und Geschäftsführer geführten »Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V.« – GZS unterstützen. Sie wurde bis zur Auflösung der GZS im Jahr 2007 zusammen mit dem Verein, die Ausgaben 50 bis 60 wurden von mir und der »Vereinigung Deutscher Wissenschaftler« – (VDW e.V.) gemeinsam und seit der Ausgabe 61 wird sie nur von mir herausgegeben. Die Zeitschrift wird von mir als Beitrag zur Zukunfts- und Friedensdiskussion finanziert.

Die Website www.blickpunkt-zukunft.com beinhaltet für jede Ausgabe das Inhaltsverzeichnis und verfügt über ein vollständiges Autorenregister. Die Druckausgaben wurden und werden kostenlos an Einzelpersonen und Institutionen abgegeben. Übrigens sammeln einige Universitäten und sozialwissenschaftliche Institution diese Zeitschrift.

In BLICKPUNKT ZUKUNFT wurden, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nur Originalbeiträge von 115 Autorinnen und Autoren veröffentlicht. Dabei wurden viele Themen der Zukunfts- und Friedensforschung, der Zukunfts- und Friedensarbeit und aus den Alternativ-, Zukunfts-, Friedens-, Umwelt- und Emanzipationsbewegungen behandelt. Stets wurden kleine Vereine und Institutionen sowie Bücher vorgestellt oder rezensiert.

In BLICKPUNKT ZUKUNFT haben sehr bekannte Persönlichkeiten Originalbeiträge veröffentlicht, darunter Ossip K. Flechtheim (Interview und Originalbeiträge), Horst-Eberhard Richter, Karlheinz Böhm (Interview), Günter Altner, Egon Bahr, Johan Galtung, Heinz Kaminski (Interview), Janny Bahn (Interview), Rolf Schwendter (Interview), Josef M. Leinen, Rolf Kreibich (Interview und Originalbeiträge), Jayantha Dhanapala, Jennifer Allen Simons, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hartmut Graßl, Reiner Braun und Ulrich Bartosch, um nur einige Namen zu nennen.

Die Zeitschrift veröffentlicht auch regelmäßig Beiträge gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus, übrigens auch in dieser Ausgabe durch die »Erklärung der Gesellschaft

für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus«.

Durch das breite Themenspektrum, das u. a. Beiträge über die Anti-Atomkraft-Bewegung und den Protesten gegen die NATO-Nachrüstung, Aktivitäten der Eine-Welt-Bewegungen, wissenschaftliche Analysen über die Zerstörung der Natur durch den Menschen, Berichte über den Klimawandel, Aktivitäten der Friedensforschung und Friedensbewegung und Beiträge zur kritischen Zukunftsforschung abbildet, enthält BLICKPUNKT ZUKUNFT auch ein Stück Zeitgeschichte von den frühen 1980er-Jahren bis heute. Diese Ausgabe setzt diese Tradition mit hochinteressanten und lesenswerten Beiträgen fort.

Werner Mittelstaedt, im Dezember 2019

Inhalt

Gedanken zur Zukunft der Demokratie 1:

Die „Nichtregierung“

Das Konkordanzsystem – ein Modell für die EU?

von Karl-Martin Hentschel

Blick nach vorn –

oder zuerst ein notwendiger Rück-Blick

Eine Satire von Hagen Weiler

Erklärung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus

Impressum

Buchempfehlung

Karl-Martin Hentschel

Demokratie für morgen

Roadmap zur Rettung der Welt

An alle Theatermacher: Tipping Point – Kipp-Punkt

ZUKUNFTSKOMMUNEN

Buchempfehlungen:

Elisa Innerhofer, Harald Pechlaner (Hrsg.)

Schrumpfung und Rückbau

Perspektiven der Regional- und Destinationentwicklung

S. Rahmstorf, H. J. Schellnhuber: **Der Klimawandel**

Kathrin Hartmann: **Die grüne Lüge**

Harald Pechlaner, Elisa Innerhofer (Hrsg.)

Temporäre Konzepte

Coworking und Coliving als Perspektive
für die Regionalentwicklung

**Werden Sie Teil des Netzwerks der Vereinigung
Deutscher Wissenschaftler e.V.**

Gedanken zur Zukunft der Demokratie 1:

Die „Nichtregierung“

Das Konkordanzsystem – ein Modell für die EU?

von Karl-Martin Hentschel

„Das stabilste Land der Welt hat keine Regierung. Und es ist nicht stabil, obwohl, sondern weil es keine Regierung hat. ... Menschen auf der Straße, denen Sie zufällig begegnen ... (wissen) den Namen der Präsidenten von Frankreich oder der USA, ... nicht aber den ihres eigenen Landes.“

Nassim Taleb¹

Mit dem „stabilsten Land der Welt“, von dem Nassim Taleb spricht, meint er natürlich die Schweiz. Nun wird man in „linken“ Kreisen häufig etwas ungläubig angeschaut, wenn man die Schweiz lobt. „Die haben doch auch Populisten“, „die haben doch gegen Minarette gestimmt“, „die haben doch für die Abschiebung von kriminellen Ausländern gestimmt“, „die Schweiz ist doch eine Steueroase“ usw. lauten die Argumente. Das alles ist wahr, aber nur die eine Seite. Aus einem relativ armen Land in den Bergen wurde in den vergangenen 170 Jahren eines der reichsten, sozialsten und umweltbewusstesten Staaten der Erde, mit einer der besten Rentenversicherungen für jeden – auch für die 25 Prozent Ausländer! Während überall in Europa die Kriege Millionen Opfer forderten, blieb die Schweiz konsequent friedlich. Und die Entscheidung für die Abschiebung von Ausländern wurde nie umgesetzt, da sich herausstellte, dass sie gegen die Menschenrechtskonvention verstieß – so dass die Schweizer diese Entscheidung schließlich mit zwei Drittel Mehrheit wieder kippten. Entscheidend ist jedoch, dass die Schweizer hinter ihrer Demokratie stehen und davon überzeugt sind, dass sie – das Volk – das Sagen haben, natürlich vor allem deshalb, weil sie viermal im Jahr über alles Mögliche abstimmen dürfen.

Es stellt sich für uns also die Frage: Können wir davon etwas lernen, oder handelt es sich um eine besondere Mentalität eines kleinen Bergvolkes, die nicht auf andere Länder oder gar die EU übertragbar ist.?

Die Nichtregierung

Es stimmt tatsächlich: Die Schweiz hat wirklich keine Regierung – zumindest nicht das, was man im üblichen Sinne darunter versteht – nämlich ein Gremium, das das Land in die eine oder andere Richtung lenkt. Da fragt man natürlich, wie das funktionieren kann. Die Antwort ist einfach und verblüffend: An der Spitze der Exekutive – also der Ministerien – steht ein siebenköpfiger kollegialer Verwaltungsrat, der Bundesrat. Er entstand ursprünglich in der Tradition des Direktoriums der französischen Revolution – hat sich aber in eine deutlich andere Richtung entwickelt. Denn seit 1943 sind in ihm alle größeren und mittleren Parteien gemeinsam vertreten. Das zwingt die Bundesräte dazu, Konsens zu finden. Jedes Mitglied im Bundesrat (ebenefalls Bundesrat oder Bundesrätin genannt) ist zuständig

für ein Department (Ministerium) der Bundesverwaltung. Die Vergabe der Departments an die einzelnen Bundesräte erfolgt stets in einer geschlossenen Sitzung. Von den Bundesräten wird aber erwartet, dass sie die konsensualen Beschlüsse des Rates nach außen vertreten, selbst wenn diese ihr eigenes Ressort (Department) betreffen, und sogar dann, wenn sie überstimmt wurden, was ihnen allerdings manchmal erkennbar schwerfällt.

Diese Konstruktion nennt man „Konkordanzdemokratie“. Der Bundesrat verwaltet also die Schweiz – parteipolitisch neutral und konsensual. Die politische Richtung jedoch wird vom Parlament und dem Volk in Volksentscheiden vorgegeben. Erstaunlicherweise genießt diese Nichtregierung ein im internationalen Vergleich einmalig hohes Vertrauen bei den Bürgern. Zugleich entwickeln sich daraus völlig andere Rollen und Verhaltensweisen des Parlamentes, der Fraktionen und der Parteien. Dazu komme ich aber später.

Die Wahl und Arbeitsweise des Bundesrates

Schauen wir uns zunächst einmal an, wie dieses System funktioniert: Die sieben Bundesräte (bzw. Bundesrätinnen – zuletzt waren meist drei oder vier Frauen dabei) werden alle vier Jahre einzeln in der konstituierenden gemeinsamen Sitzung der Bundesversammlung gewählt. Diese setzt sich aus den 200 Abgeordneten des Nationalrats (entspricht dem Bundestag) und denen des Ständerats zusammen. Der Ständerat besteht aus 46 direkt gewählten Vertretern der Kantone – er entspricht also in etwa dem Senat der USA. Eine Abwahl des Bundesrates als Ganzes oder eines seiner Mitglieder ist nicht möglich. Tritt ein Mitglied des Bundesrates zurück, dann wird ein Nachrücker der gleichen Partei gewählt.

An der Spitze des Bundesrates steht der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin. Und Nassim Taleb hat tatsächlich Recht: Fragt man einen Schweizer, wer gerade der Präsident der Schweiz ist, folgt oft ein Achselzucken. Denn der den meisten unbekannteste Bundespräsident und der Stellvertreter rotieren jährlich – so dass ein Bundesrat in der Regel erst nach sechs Jahren wieder Präsident werden kann.

Die Geschäftsführung der Regierung/Nichtregierung obliegt auch gar nicht dem Präsidenten, sondern dem Bundeskanzler, der nicht Mitglied des Bundesrates und daher auch nicht stimmberechtigt ist. Diesem Kanzler untersteht denn auch die Staatskanzlei – und nicht etwa dem Präsidenten. Die Präsidenten vertreten die Schweiz nur protokollarisch bei Treffen mit anderen Staatsoberhäuptern. Es gibt jedoch keine Richtlinienkompetenz. Nur bei Stimmengleichheit im Rat entscheidet die Stimme des Präsidenten.

¹ Nassim Taleb, Risiko-Forscher an der New York University: in „Antifragilität“, Knaus Verlag, München 2013

Die Zauberformel

Seit 1943 wird nach einer vereinbarten Formel gewählt, die heute die „Zauberformel“ genannt wird. Gewählt werden zurzeit zwei Vertreter der SVP (Rechtspopulisten), zwei der SP (Sozialisten), zwei der FDP (Freisinnige = Liberale) und eine der CVP (Katholisch-Konservative). Die kleinen Parteien unter 10 Prozent wie die Grünen, die Grünliberalen und die BDP (demokratische Bürgerpartei) sind nicht vertreten. Es gibt auch einen Proporz nach Sprachen und Religionen – so sind stets mindestens zwei – meist sogar drei der Räte – romanisch-sprachig (italienisch, französisch oder rätoromanisch).

Die Zauberformel steht aber nicht in der Verfassung, sondern wurde in den letzten sieben Jahren schlicht zum Gewohnheitsrecht! Der Verteilungsschlüssel ist nirgends festgelegt, sondern wird bei Bedarf neu vereinbart. Wenn es relevante Verschiebungen bei den Stimmern gab, wurde die Formel jeweils angepasst. Es kam allerdings häufig vor, dass mehrere Kandidaten der gleichen Partei für einen Sitz kandidierten. Mehrmals wurde sogar ein anderer Kandidat einer Partei gewählt, als von dieser vorgeschlagen wurde.

Das Konkordanzprinzip in der heutigen Form entstand erst 1943. Bis dahin saßen nur Konservative und Liberale im Bundesrat. Es gab damals drei Gründe für diese Neuerung: Erstens ist die Schweiz sehr heterogen und hat kein Staatsvolk. Sie war nie eine Nation. Der Zusammenschluss zu einem Staat erfolgte 1848 nur, weil die Schweizer nach der Eroberung und Besetzung durch Napoleon so etwas nicht wieder erleben wollten. Vor ihrer Gründung von 170 Jahren bestand die Schweiz aus drei Monarchien, sechs Landsgemeinden (mit einer direkten Demokratie der Grundbesitzer), sieben Patriziaten (Herrschaft des Stadtadel – also der alten Kaufmannsfamilien), vier Zunftverfassungen (Herrschaft der selbstständigen Handwerker), zwei Föderationen (bestehend aus mehreren autonomen Gemeinden) und einer Reihe von Untertanengebieten (von Städten fremdregiert ohne eigene Rechte). Dazu gab es vier verschiedene Sprachen und zwei Religionen, die sich mehr hassten als heute Juden und Moslems – der letzte Schweizer Religionskrieg von 1847 war noch frisch in Erinnerung. Deswegen war der Wunsch nach Konsens schon immer wichtig. Eine polarisierende Regierung hätte diesen Bund zerrissen.

Der zweite und der 1943 aktuelle Grund für die Zauberformel war das Gefühl der Bedrohung im zweiten Weltkrieg und der Wunsch, die Sozialdemokraten in dieser kritischen Situation mit einzubinden. Der dritte Grund war die zunehmende Anzahl der Volksreferenden gegen Gesetze. Denn Direkte Demokratie erfordert viel mehr Kommunikation, da die Unterschriften von einem Prozent der Bürger eine Abstimmung erzwingen können. Da erweist sich, dass die Beteiligung aller großen Fraktionen am Bundesrat sehr nützlich ist, da sie bewirkt, dass wichtige Entscheidungen möglichst im Konsens getroffen werden.

Die Konkordanz schafft Sicherheit

Das Konsenssystem der Schweiz bringt mehr Sicherheit und Verlässlichkeit in die Politik und erleichtert langfristige Planungen und Projekte. Aber behindert es nicht schnelle Entscheidungen für grundlegend neue Weichenstellungen? Tatsächlich werden letztere in der Schweiz meist durch Volksinitiativen angestoßen, selbst

wenn diese beim ersten Mal keine Mehrheit gefunden haben. Nassim Taleb vermutet, dass die Schweiz deshalb ein so guter Wirtschaftsstandort und ein guter Finanzplatz ist, weil sie so sicher und verlässlich ist. Und das hängt direkt mit der Konkordanz und mit der direkten Demokratie zusammen.

Ich denke, dass ein Konkordanzsystem vermutlich auch ein guter Schutz vor der Gefahr der Verstrickung in internationale Abenteuer wäre. Vermutlich gibt es in keinem Land der Welt heute noch einen Konsens für ein militärisches Eingreifen außerhalb des Landes. Damit will ich nicht behaupten, dass ein Eingreifen gegenüber diktatorischen Regimes, die Völkermord betreiben, nie mehr nötig wäre. Ich bin nur der Meinung, dass solche Einsätze im Auftrag der Vereinten Nationen durch eine Art internationale Polizei stattfinden sollten und nur dann legitimiert wären – aber nicht durch Truppen eines Nationalstaates.

Krisen des Modells und Populismus

In den vergangenen 70 Jahren gab es eine Reihe von Krisen des Konkordanzmodells. So kam es mehrfach vor, dass die von einer Partei vorgeschlagenen Kandidaten nicht gewählt wurden, weil es aus der gleichen Partei Gegenkandidaten gab, die die Mehrheit fanden. Es kam auch vor, dass gewählte Bundesräte aus ihrer Partei austraten oder von dieser ausgeschlossen wurden. Jedes Mal wurde das Ende des Konkordanzmodells prognostiziert. Doch bei der nächsten Wahl wurde es dann doch fortgesetzt und hat sich letztlich immer wieder bewährt.

Dabei sind auch Parteien wie die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP) immer mehr dazu übergegangen, für den Bundesrat Kandidaten zu benennen, die als konsensfähig gelten. Polarisierende Bundesräte wie der langjährige SVP-Vorsitzende Blocher machten sich eher unbeliebt und wurden von der Mehrheit abgelöst. Das Amt eignet sich auch nicht zur Profilierung. Aktuell stellt die SVP mit Ueli Maurer turnusmäßig sogar den Bundespräsidenten. Dieser hatte sich mehrfach bei seiner eigenen Partei unbeliebt gemacht, zum Beispiel als er mehr Einwanderung forderte, um die Wirtschaft zu stärken oder sich für eine Stärkung der gesetzlichen Basisrente einsetzte. Eine solche Unabhängigkeit machte ihn aber bei den Schweizern so beliebt, dass er trotzdem von der Mehrheit der SVP-Fraktion wieder nominiert wurde.

Vor der Einführung des Konkordanzprinzips gab es mehrere Volksinitiativen, die die Direktwahl des Bundesrates forderten – insbesondere von Seiten der Sozialdemokraten, die damals nicht im Bundesrat vertreten waren. 2013 wurde aufgrund einer Volksinitiative der rechtspopulistischen SVP erneut darüber abgestimmt. Das hätte das Ende des Kollegialmodells bedeutet. Die Initiative wurde aber wiederum mit 76 Prozent der Stimmen, also mit sehr deutlicher Mehrheit, abgelehnt.

Auswirkungen auf das Parlament und die Parteien

Das Konkordanzsystem gewährleistet – anders als die Mehrheitswahl der Regierung in Großbritannien oder Deutschland – eine echte Gewaltenteilung. Heute werden im Deutschen Bundestag mehr Gesetze von der Regierung als von den Abgeordneten vorgelegt. Und die

Mehrheit der Abgeordneten, nämlich die der Regierungskoalition, ist auf Gedeih und Verderben verpflichtet, immer für die Regierung zu stimmen, weil sonst die Regierung stürzt. Umgekehrt stimmt die Opposition oft aus Prinzip dagegen. Diese „Verschränkung“ von Legislative und Exekutive und der sich daraus ergebende „Fraktionszwang“ tun dem Parlament nicht gut und beschädigen auch das Ansehen der Abgeordneten.

Da es beim Konkordanzsystem aber keine Koalitionen zur Wahl des Bundesrates gibt, gibt es auch keine Regierungsfraktionen und keine Opposition in der Bundesversammlung und logischerweise auch keinen Fraktionszwang. Jede Partei arbeitet wie eine Nichtregierungsorganisation, diskutiert kontrovers über ihre politische Linie ohne sich verbiegen zu müssen und wirbt für ihre Ziele. Wenn sie glaubt, dass eine Position mehrheitsfähig ist oder breit diskutiert werden sollte, dann kann sie eine Volksinitiative starten. Meist geschieht dies im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Der Schweizer Professor Reiner Eichenberger ist sogar der Ansicht, dass das Konkordanzsystem anderen Formen der Demokratie grundsätzlich überlegen ist. Charakteristisch für das Modell sind für ihn drei Institutionen: Einmal die Konsensregierung, in der alle Parteien über 10 Prozent vertreten sind. Zum zweiten gehört für ihn dazu die direkte Demokratie, ohne die das Konsenskonzept gar nicht zu denken wäre, da sie die nötige Dynamik der politischen Entwicklung gewährleistet.

Als dritten Faktor sieht er aber auch das Schweizer Wahlsystem: Eine Personenwahl in Mehrpersonenwahlkreisen mit mehreren Stimmen, die man an die Kandidaten einer oder mehrerer Parteien verteilen kann. Die Schweizer wählen nämlich nicht in Einzelpersonenwahlkreisen wie Großbritannien und die USA. Sie wählen auch nicht vorrangig Listen wie bei den Verhältniswahlsystemen in Deutschland, Italien oder Israel. Vielmehr wählen sie in einem Wahlkreis mehrere Kandidaten. Dazu haben sie mehrere Stimmen, die sie auf Kandidaten mehrerer Parteien verteilen können.

Dieses System führt dazu, dass die Parteien bestrebt sind, konsensfähige Kandidaten aufzustellen, die persönlich vertrauenswürdig sind und die auch in der Lage sind, über die Stammwähler ihrer Partei hinaus zusätzliche persönliche Stimmen von Wählern anderer Parteien zu bekommen. Denn das erhöht die Chancen für die Kandidaten, aber auch die Chancen für die Partei. Im Nebeneffekt verbessert auch die Chance darauf, dass die Parteien besser zusammenarbeiten können.

Schließlich sind die Parteien im Konkordanzsystem auch keine Machtapparate wie in den meisten anderen Demokratien. Auch in Deutschland bedeutet eine Regierungsbeteiligung immer auch, dass Abgeordnete oder Experten der Partei nun als Minister, Staatssekretäre, Büroleiter, Referenten und vieles andere benötigt werden und so Karriere machen können. In der Schweiz üben die Parteien dagegen nur bei der Benennung der Bundesräte etwas Macht aus. Aber selbst die ist begrenzt, da unterlegene aber populäre Parteimitglieder trotzdem als Bundesrat kandidieren können. Sowie es eignet sich die Position eines Bundesrates aufgrund der Konsenspflicht wenig zur Polarisierung und Profilierung. Deshalb sitzen im Bundesrat eher Vertrauenspersonen und keine polarisierenden Parteiführer. Die lautstarken polarisierende Politiker bleiben in der Schweiz lieber im

Parlament, da sie sich im Bundesrat nicht so gut profilieren können. Dagegen bleiben die persönlich gewählten Bundesräte oft über viele Jahre und Legislaturperioden für ihre Partei im Bundesrat und sorgen für hohe Kontinuität.

Als großer Vorteil dieses Systems hat sich erwiesen, dass im Zentrum der politischen Debatten nicht wie in Deutschland die Regierung steht. Vielmehr fokussieren sich die öffentlichen Debatten und die Berichterstattung in den Medien mehr auf das Parlament (die Legislative) und zum Zweiten auf die Volksinitiativen und Referenden – also die Direkte Demokratie. Die direkte Demokratie führt nämlich dazu, dass die Akteure der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen nicht nur zuschauende und kommentierende Beobachter und Kritiker bleiben. Vielmehr sind sie direkt handelnde Subjekte in der Demokratie und agieren mit den Politikern nicht selten auf gleicher Augenhöhe.

Der Bundesrat – die „Nichtregierung“ – bleibt dabei naturgemäß überparteilich und genießt gerade deshalb ein großes Ansehen und Vertrauen – ähnlich wie in Deutschland das Bundesverfassungsgericht. Er führt die Staatsgeschäfte möglichst konsensual aufgrund der Gesetze, die im Parlament oder vom Volk beschlossen wurden. Erstaunlicherweise führt dieses Modell auch dazu, dass die Menschen sogar den Parteien mehr vertrauen als in Staaten mit Mehrheitsregierungen.

Konkordanzdemokratie als Modell für Europa

Wie komme ich nun darauf, dass dies ein für die EU geeignetes Modell sein könnte? Oft höre ich die Meinung, dass Europa mit der kleinen Schweiz gar nicht vergleichbar wäre. Vielleicht war es vor der Gründung der USA ähnlich, als die Gründerväter der USA ein Demokratiemodell übernahmen, das bis dahin nur auf der kleinen Insel Korsika erprobt worden war. Bei genauerem Hinsehen fallen aber durchaus einige Parallelen zwischen Europa und der Schweiz auf:

Tatsächlich haben weder Europa noch die EU ein Staatsvolk. Europa ist ein extrem vielfältiger Erdteil. Die Situation ähnelt daher durchaus der Situation in der Schweiz vor 170 Jahren. Man schätzt, dass in der EU über 250 Muttersprachen gesprochen werden (davon ein Drittel durch Migrantinnen, die restlichen 170 sind indigene Sprachen Europas). Es gibt mittlerweile 24 EU-Amtssprachen, in die alle nach außen wirksamen Dokumente von Parlament und Kommission übersetzt werden müssen. Entsprechend vielfältig sind die Religionen, Kulturen und die Geschichte der Völker – obwohl diese seit Jahrtausenden mit einander verwoben sind, aber immer auch durch neue Einflüsse von außen beeinflusst wurden.

Sollte die EU tatsächlich eine gemeinsame demokratische Verfassung bekommen, dann wäre eine Mehrheitsregierung geradezu gefährlich. So wie es in der Schweiz kein Kanton wollte, dass die Deutschschweiz die romanischen Kantone dominierte, dass die Katholiken die Mehrheit in der Regierung stellten, dass die Städter Vorschriften für die Bauern in den Bergen machten, so würde auch in der EU niemand eine Dominanz der Westeuropäer, der Südeuropäer, der Katholiken und so weiter akzeptieren. Bei einer Mehrheitsregierung könnte Osteuropa in Opposition zu einer westlich geprägten Regierung treten, Südeuropa könnte in Opposition zu einer nördlich geprägten Regierung geraten.

Und eine gemeinsame Mehrheitsbildung des Südens und Ostens gegen Deutschland würde erst recht massive Verwerfungen hervorrufen.

Kollegialrat statt Direktwahl des Kommissionspräsidenten

Dieses Problem könnte auch nicht durch eine Direktwahl des Präsidenten gelöst werden, wie es Ulrike Guérot vorschlägt. Es ist interessant, dass ausgerechnet Parag Khanna, ehemals Vertrauter und außenpolitischer Berater von Präsident Obama, die Direktwahl des Präsidenten für den größten Fehler der US-Verfassung hält, da sie das Land spaltet und die politische Debatte personalisiert. Schon Rousseau lehnte sie ab als „Wahlkönigtum“.

Eine Konsensdemokratie dagegen mit einem Kollegialrat als Leitung der Exekutive würde die heute oft als produktiv beschriebene offene Atmosphäre im EU-Parlament ohne Fraktionszwang erhalten. Hätte der Kollegialrat zum Beispiel 15 Mitglieder, dann säßen nach der heutigen Zusammensetzung des Europaparlaments im Kollegialrat vier Vertreter der Europäischen Volkspartei (mit CDU/CSU), drei der Sozialdemokraten, zwei der Liberalen, zwei der Konservativen (darunter ein englischer Tory), einer der Linken, einer der Grünen, einer der Populisten und einer der Nationalisten. Sie müssten auch regional ausgeglichen sein – also Vertreter der großen und kleinen Staaten, Vertreter des Nordens, der Mitte, des Westens, Ostens und Südens usw.

Diese fünfzehn Kollegialräte müssten sich auf eine gemeinsame Politik verständigen und vor allem die Gesetze des Parlamentes umsetzen. Unvorstellbar? Ich denke nein – im Gegenteil: Es wäre vielleicht eine große Chance, Vertrauen in die Politik aufzubauen anstatt die Völker Europas zu spalten. Die politischen Debatten würden dann zu Sachdebatten im Parlament werden. Dies könnte natürlich noch verstärkt werden, wenn auch in Europa Volksentscheide möglich werden und so politische Debatten quer durch ganz Europa über die Zukunft des Kontinents möglich werden.

Das Problem Bouteflika

Kann das Konkordanzsystem auch ein Vorbild für andere Demokratien sein?

Im März 2019, als Hunderttausende in Algerien gegen Präsident Bouteflika demonstrierten, las ich eine kluge Analyse der Situation. Warum wollte ein großer Teil der politischen Elite, dass der Patriarch Bouteflika erneut als Präsident kandidieren sollte. Wieso unterstützten sie einen Mann, der mit 82 Jahren nach mehreren Schlaganfällen im Rollstuhl saß, kaum noch sprechen konnte und vermutlich eine Marionette seine Entourage war? Sein Regime galt als korrupt, autoritär und extrem unpopulär, wenn nicht verhasst. Warum also hielten linke Militärs, gemäßigte Islamisten, kluge Intellektuelle und korrupte Wirtschaftslobbyisten an ihm fest?

Sie alle einte nur eines: Sie hatten Angst vor der Zeit nach Bouteflika. Denn vor seinem Regierungsantritt herrschte ein grausamer Bürgerkrieg. Und seine zahlreichen Gegner reichen von radikalen Islamisten bis zu radikalen Demokraten und Sozialisten. Deshalb sind sie heillos zerstritten. Daher fürchten viele Gemäßigte einen erneuten Bürgerkrieg oder gar eine Entwicklung wie

in Syrien, Afghanistan oder Ägypten. Dieses Phänomen „Bouteflika“ ist keine Ausnahme. Die TAZ berichtete über linke junge Intellektuelle in Kasachstan. Sie hoffen, dass der Diktator Nasarbajew, der seit 25 Jahren das Land beherrscht und sich dabei gnadenlos bereichert hat, noch lange weiter macht. Denn sie fürchten nach seinem Tod antirussischen Nationalismus und muslimischen Fundamentalismus.

Gerade in solchen zugespitzten politischen Situationen wäre das Modell einer demokratisch gewählten Konsensregierung eine funktionierende Alternative. Ihre Stärke besteht darin, dass sie die radikalen Flügel aller Richtungen automatisch mit einbezieht – sie aber auch zum Konsens zwingt. Sie helfe vielleicht dabei, zu rationalen Debatten überzugehen. Sie könnte die klassischen Machtkämpfe um Präsidentenposten und Macht vermeiden helfen und damit auch die absurde Verteufelung der politischen Gegner beenden. Auch leidet das Konsensmodell nicht unter dem Problem von großen Koalitionen der Mitte, die regelmäßig zu einer Radikalisierung der Flügel führen.

Unrealistische Utopie?

Je mehr ich mich mit dem Gedanken einer Konsensdemokratie beschäftigt habe, desto mehr komme ich zur Überzeugung, dass ihm die Zukunft gehört.

Nach den Analysen der Zeitschrift Economist sind die effizientesten Regierungen regelmäßig die der Schweiz mit ihrem Konsensmodell und die Skandinaviens, wo Minderheitsregierungen Tradition haben. Nicht die scheinbar starken direkt gewählten Präsidenten, nicht diktatorische Autokraten und Halbautokraten regieren effizient und erweisen sich als stark und handlungsfähig. Effizient und stark sind vielmehr meist die Regierungen, die einen breiten Konsens in der Gesellschaft repräsentieren. Sie sind stark, weil sie das Land nicht spalten, sondern ein großes Vertrauen der Menschen genießen. Deshalb könnte das Konkordanzsystem durchaus auch eine Alternative für Präsidialdemokratien wie Frankreich oder die USA sein. Eine Konsensregierung könnte dazu beitragen, die extreme Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden.

Natürlich ist die Wahrscheinlichkeit, dass in Deutschland die Verfassung in den kommenden Jahren grundlegend geändert wird, eher marginal. Aber in der EU sieht es anders aus. Hier steht die Gründung eines gemeinsamen Staates mit einer neuen Verfassung auf der Tagesordnung. Tatsächlich hat die Debatte um eine künftige EU-Verfassung bereits begonnen. Brexit und Wahlerfolge von Populisten haben deutlich gemacht, dass ein Weiter so ohne das Demokratie- und Handlungsproblem der EU anzupacken, immer schwieriger wird.

Fast alle EU-Befürworter eines Neustarts fordern eine handlungsfähige Regierung, nicht selten sogar die Direktwahl eines Präsidenten nach US-Vorbild. Trotzdem glaube ich, dass das Konsensmodell nicht nur das viel bessere Modell für Europa ist, sondern auch große Realisierungschancen hat. Denn wenn es tatsächlich aufgrund von breitem öffentlichem Druck, vielleicht sogar aufgrund einer europaweiten Konventskampagne, zur Wahl eines Verfassungskonventes kommt, dann werden die Karten völlig neu gemischt. Ein zentralisiertes Europa und eine starke Mehrheitsregierung sind mit Sicherheit nicht mehrheitsfähig. Es muss soviel dezentralisiert werden, wie möglich. Dafür müssen aber

die wichtigen Aufgaben wie die Besteuerung von internationalen Konzernen, ein wirksamer Finanzausgleich, eine Verpflichtung auf Klimaziele oder die Außenpolitik von der EU unbedingt übernommen und vom EU-Parlament entschieden werden.

Ein Konsensmodell für die Regierung würde der Vielfalt Europas am besten gerecht werden und würde am ehesten geeignet sein, das Vertrauen vieler Menschen in allen europäischen Staaten zu gewinnen. Wie 1848 und schließlich 1943 in der Schweiz spricht vieles dafür, dass ein Konkordanzsystem die größten Chancen hätte, im Verfassungskonvent und in einer europaweiten Abstimmung über die Verfassung die Mehrheit zu bekommen. Die Utopie könnte sich als das Modell mit den realistisch betrachteten meisten Chancen erweisen.

Über den Autor:

Karl-Martin Hentschel
Dipl. Mathematiker und Autor
Mehr Demokratie e. V. (Bundesvorstand), Netzwerk
Steuergerechtigkeit (Kokreis), ATTAC (Bundes-AG Finanzmärkte)

24226 Heikendorf, Am Steinkamp 7

E-Mail: karl.m.hentschel@mehr-demokratie.de
E-Mail: karl-martin.hentschel@attac.de

de.wikipedia.org/wiki/Karl-Martin_Hentschel

Blick nach vorn – oder zuerst ein notwendiger Rück-Blick

Eine Satire von Hagen Weiler

Für Bernhard Claußen, der so gern dem Fußball – und der Politik voraussieht, um die Interessen der Zuschauer didaktisch vorzuformulieren – zum Geburtstag ein (ernstes?) Amüsement.

A. Prolog zur Erinnerung.

Kritische Journalisten fragen gelegentlich Fußball-Trainer und Politiker nach deren Misserfolgen:

„Was haben Sie falsch gemacht?“

Die Antworten sprechen für sich selbst:

„Ich blicke lieber nach vorn!“ bzw.:

„Die Mannschaft spielt besser nach vorn – selbst wenn sie keine Tore schießt.“

Sollten die Journalisten hartnäckig weiterfragen:

„Aber Sie müssen doch Fehler gemacht haben?“

Die üblichen Antworten variieren:

„Selbstverständlich haben wir Fehler gemacht. Auch ich. Schließlich sind wir alle nur Menschen!“ (So der unvergessliche Helmut K.) oder:

„Gegenfrage: Welche Fehler meinen Sie? Machen Sie keine Fehler?“

Wenn die Journalisten auf ihre Fehler nicht mehr kommen, weil sie diese bisher noch nicht bei sich gesucht haben, geben sie ihren Gesprächspartnern Gelegenheit zu (fehlerlosen) Versprechen, die sie natürlich genau so wenig halten wie vorher.

Damit wiederholen sie die Erfahrung: Wer seine Vergangenheit nicht verarbeitet, neigt dazu, diese (bewusstlos) zu wiederholen.

Gegen diese Gefahr richtet sich mein Rückblick: Wie konnte es dazu kommen, dass die politische Lage so ist, wie sie ist?

Meine Antworten versuchen, diesen Rückblick am Beispiel von drei repräsentativen Persönlichkeiten zu veranschaulichen, die nicht ohne Erfolg nach hinten und nach vorn zum Ruin der Politik und ihrer Parteien beigetragen haben.

B. Die Systeme richten ihre Personen aus.

1. Die Trump-Performance

Nach ihrer Rangordnung und Reihenfolge ist mit dem unaufhaltsamen (?) Aufstieg des Donald Trump als illegitimen Spross der sog. „Tea-Party“ zu beginnen. Wie Bush jun. hatte er zunächst persönlich mehr Mittel aufwenden können als seine Konkurrenten. Anders jedoch als seine Vor-(Vor-)Gänger konnte er öffentlich behaupten, seine Wahlkampf-Aufwendungen allein seinem (angeblichen) Milliarden-Vermögen entnehmen zu können.

Ebenso unterschied er sich von Bushs Wählerpotential der hinreichend dummen und frommen Amerikaner – abseits größerer Kultur-Städte.

(Diese Bush-Wähler stammten überwiegend noch aus dem freundlich reaktionären Patronat Ronald Reagens, dem man als ehemaligen Wildwest-(Neben-)Schauspieler leicht erklären konnte, wo er zu stehen und seine Texte aufzusagen hatte, die ihm seine Auftraggeber vorgeschrieben hatten).

Nicht zuletzt hatte Trump seine (ansonsten inhaltlosen) Botschaften moderierend auf die Erwartungen seines Publikums abgestimmt:

Dieses setzte sich hauptsächlich aus der sog. unteren Mittelschicht nichtleitenden Angestellten und früheren Facharbeitern zusammen, die trotz mehrfacher Jobs die Raten ihrer allein kreditfinanzierten Häuser nicht mehr bezahlen konnten.

Verstärkt wurden diese Ängste, sozial-ökonomisch „abgehängt“ zu werden, nach zwei Seiten:

- Einmal durch die sog. Latinos (aus Mittelamerika), die sich nicht mehr auf bloße Handlanger- und Ersatzdienste beschränkten.

- Zum anderen die „Silicon-Valley“-Computer bzw. Daten-Dealer-Firmen, die nur hochspezialisierte Programmierer brauchten, also Qualifikationen, die jenseits der intellektuellen Kapazitäten von Trumps Wählerpotential lagen.

Danach waren Trumps drei Botschaften nicht nur auf seine eigenen Kapazitäten angelegt, sondern auch auf die seiner Adressaten:

- a) „Mit mir bekommt ihr keinen „Wanderprediger“ (wie Obama) und keinen Kriegstreiber (wie Bush jun.), sondern den größten Präsidenten, den ihr verdient.“
- b) „Mit mir kommen keine Latinos, Muslime, Chinesen (usw.) mehr in unser Land!“
- c) „Mit mir kommt Eure anständige Arbeit wieder zu Ehren!“

Diese Botschaften verkörperte Trump persönlich überzeugend in zweifacher Weise:

- Da er seine drei Slogans immer wieder in derselben Reihenfolge auf sagte, überforderte er seine Zuhörer nicht so wie seine Konkurrenten.
- Seine kühne Haartolle weckte bei vielen Männern seines Publikums die Illusion, die fehlenden Distanzen zwischen ihren Augenbrauen und ihrem (zurückweichenden) Haaransatz ausgleichen zu können.

Doch damit nicht genug:

Seine „Denkfabrik“ hatte einen sog. Plan B finanziell durchgerechnet wiederum unter zwei Aspekten:

- a) Sofort nach Obamas Ausscheiden sollten alle multilateralen Verträge zugunsten einseitiger „Deals“ liquidiert werden.
(Für die Abgeordneten genügte ein sog. „Eckpunkte“-Papier. Der genaue Text war ausschließlich für die Experten der allein nutznießenden US-Konzerne und Kartelle vorgesehen).
- b) Alle amerikanischen Bodentruppen wurden aus dem Rest der Welt als zu kostspielig zurückgezogen. Dafür würden die potentiellen Drohnen – und andere Luft-Waffenkriege vom amerikanischen Boden aus perfektioniert, wenn auch wiederum unter drei persönlichen Vorbehalten des (Immobilien-)Händlers Trump:
 - „Bauen ist billiger als bomben.“
 - „An Leichen kann man nichts verkaufen“
 - „Kriege kosten mehr, als sie einbringen. Man kann sie nur verlieren. Bestechungen verringern Risiken!“
- c) Der inneramerikanische Handel mit leichten Handfeuer-Waffen wurde vollkommen freigegeben und in das große „Entertainment“ integriert.

Nachdem alle Amerikaner aus Konjunktur-Mitteln ein neues Smartphone erhalten sollten, konnten sie damit alle Bewegungen ihrer Nachbarn verfolgen und diese zielgenau treffen. Verbunden damit konnten sie Wetten über die Zahlen der Toten (am Wochenende) abschließen: Sie konnten die Zahlen der Täter mit denen ihrer Opfer multiplizieren – oder noch schwieriger: die Zahlen der Täter und Opfer durcheinander dividieren. Mit dem Treffer auf den richtigen Quotienten war ein Besuch im „Weißen Haus“ verbunden.

Weitergehenden „Reformen“ erteilte Trump – als unnötig – eine Absage:

„Wie man längst wusste, änderten Wahlen nichts, sonst hätte man sie längst abgeschafft“.

2. Putin und seine (falschen) Freunde

Im Vergleich unserer Kandidaten und ihrer Systeme blieb Russland hinter den USA hoffnungslos zurück. So richteten sich die Wahlergebnisse zu offensichtlich nach den vorgegebenen Planziffern in der von Putin „gelenkten Demokratie“. So wurde er gleich mehrfach zum „Präsidenten auf Lebenszeit“ gewählt, verbunden mit dem zärtlichen Zusatz: „Brüderchen Zar“.

Dennoch hatten seine engen Kumpaneien mit seinen Kollegen aus den Geheimdiensten bei den Finanz- und Wirtschafts-Oligarchen Irritationen ausgelöst. Daran änderte sich auch wenig durch die Aufgaben-Teilung:

Für die Politik-Geschäfte die Zuständigkeit der Geheimdienste (als modernisierte „Nomenklatura“), für die Waren- und Geld-Geschäfte die sog. Oligarchen, die früher die Staatsbetriebe dirigiert und später (unter Jelzin) diese für weitgehend wertlose Rubel zu ihren Gunsten privatisiert haben.

Überschneidungen zwischen Politik und Wirtschaft waren allerdings nicht zu vermeiden: Die jüngeren Geheim-Dienst-Offiziere gewannen Geschmack an den Luxus-Autos, Jachten, Privat-Flugzeugen, „Begleiterinnen“ wie ihre Finanziers.

Die Geschäftsleute haderten mit Putins militärischen Expansions-Versuchen sowie mit den anschließenden westeuropäischen Handelssanktionen, die den Lebensstandard des russischen Volkes weiter sinken ließen. (Ohnehin waren seit Gorbatschows Fall keine – notwendigen – Infrastruktur-Investitionen mehr eingeleitet worden).

Erst recht weiteten sich die Konflikte – vor allem international – aus, als die Geheimdienste (hinter oder vor dem Rücken Putins?) seine oligarchischen Kritiker im Ausland ermordeten und Putin selbst seinen Zynismus nicht mehr kontrollierte, wie er ausländischen Journalisten sagte: „Diese Leute haben uns als Tote noch mehr Ärger bereitet wie als Lebende“!

Was konnte gegen dieses Medien-Echo sein mediales Auftreten im russischen Staats-Fernsehen noch ausrichten: So fühlten sich die gläubig und leidgeprüft gehaltenen Russen getröstet, wenn Putin mit den leitenden Popen die orthodoxen Kinderkrankheiten aus der Zarenzeit feierte. Auch bewunderten sie ihn, wenn er mit nacktem Oberkörper zu Pferde, unter Wasser und über der Ringer-Matte den starken Mann markierte.

Erst recht erwies er sich keinen Gefallen mit seinem (erfolglosen) Bemühen, seinen einzigen (noch dazu deutschen) Freund (genannt: „Gas-Gerd“) zum „Außen-Amateur“ an Stelle des russischen Botschafters (und „Schwipp-Schwagers“) in Berlin durchzusetzen.

Am Ende kam es, wie es kommen musste, nämlich noch schlimmer, als allgemein erwartet:

- Der Lebensstandard der durchschnittlichen Bevölkerung sank unter ihre absolute Armutsgrenze. Allein die Wodka-Rationen steigerten sich.
- Die Frauen verbrachten mehr Zeiten in den Kirchen als in ihren Küchen, ihre Männer in ihren Kneipen.
- Die reichen Russen transferierten ihre Rubel ins Ausland, kauften sich Häuser in Berlin und Baden-Baden, Luxus-Apartments in der City von London, parkten ihre Schiffe vor, ihre Flugzeuge auf Zypern.
- Die früheren Mittelschichten mussten auf ihre Urlaube in der Türkei verzichten.
- Anders als die sog. Leitwährung des US-Dollars konnte sich der Rubel nicht auf Kosten anderer Währungen entschulden, so dass die internationalen Spekulanten auf andere Märkte auswichen.

Der Niedergang ihrer Profite ließ den russischen Ex-Profiteuren keine andere Wahl, als Putin als sog. „Ehrenpräsidenten“ aufs Altenteil zu schieben. Zusammen mit seinem letzten („lupenreinen“) Freund Gerd darf er seitdem im Sommer zwischen St. Petersburg und Petershof, im Winter auf der Krim seinen „Ehrensold“ verzehren.

Hin und wieder erhalten sie Post aus der Uckermark. Die Briefe erinnern Putin an gemeinsame Zeiten in der DDR, als diese in der UdSSR als unverbrüchlicher „Waffenbruder“ auftrat. (Nur Freunde darf man sich aussuchen).

Gelegentlich tauschten Wladimir und Gerd Erinnerungen aus:

- Wladimir allein in Leipzig mit gezogener Pistole gegenüber ratlosen Demonstranten, die sein Deutsch als Friedensgrüße missverstanden.
- Gerd in Bonn (zusammen mit Joschka) angeheitert an den Gittern des Kanzler-Amtes rüttelnd.
- Manchmal kam auch ihr alter Freund Silvio vorbei – auf der Flucht vor seinen Anwälten und Freundinnen, die er nicht mehr bezahlen konnte.

Werden alle drei zu klein gewachsenen und wieder zu kurz gekommenen Figuren wieder dort landen, wo sie (kulturell) hergekommen waren, nämlich am Rande der Weltbühne, auf der sie – ohne die Perspektiven ihrer Vorgänger und Nachfolger – nur vorübergehend mitspielen durften?

3. Der sog. Merkel-Malus

Auch im Rückblick ist es schwierig zu erkennen, ob und inwieweit die „Pfarrers-Tochter“ (so ihr politischer „Ziehvater“) einen – systemimmanenten – Plan verfolgte, die Vorleistungen ihrer beiden Amts-Vorgänger – noch erfolgreicher als diese – zu ihrem relativen Abschluss zu verhelfen.

Immerhin gelang ihr bereits ein bezeichnendes „Entre“, wie sie als Generalsekretärin – ohne Wissen ihres damaligen Parteivorsitzenden Wolfgang S. – ihren damaligen „Ehrevorsitzenden“ Helmut K. mit einem FAZ-Beitrag von seiner Partei verabschiedete.

Ebenso hat sich ihre anschließende Strategie, alle ihre männlichen Konkurrenten aus der sog. „Anden-Connection“ (= Koch, Merz, Müller, Rüttgers) und CSU Stoiber nach und nach zu verdrängen, als goldrichtig erwiesen. Selbst ihre Kritiker konnten die personellen Gewinne der CDU/CSU nicht bestreiten.

Ähnlich wirkungsvoll erwies sich die Personal-Politik ihres Küchenkabinetts (unter den Sekretariaten ihrer Büro-Leiterin bzw. Medien-Referentin). Sowohl das Kanzler-Amt als auch ihre Fraktion und Partei akklamierten ihre sonntäglichen „Allgemeinplätzchen“; deren Tenor war zuvor mit kapital- bzw. mitgliederstarken Verbänden abgestimmt und danach (in von ihr persönlich beauftragten) Meinungsforschungen erfragt und anschließend wieder propagiert worden.

Anders jedoch als ihre Vorgänger gelang es ihr, den Eindruck zu erwecken, sie sei eigentlich gar nicht in der Regierung, hielte sich aus rein „partei-politischen“ Streitigkeiten heraus, „moderierte“ nur die Regierungspolitik, fungierte als die „Große Koalition“ in einer Person.

An dieser Illusionierung ihrer Wähler änderten selbst entgegenstehende Tatsachen nichts: Weder ihre (vorgeliebte) Wunsch-Koalition mit der FDP noch die (Not-)Koalition mit der SPD. Die FDP ließ sie geradezu mit deren „Ein-Punkte-Programm“ einer (angeblichen) Steuer-Reform verhungern – die SPD ließ sie mit deren sog. Gerechtigkeits-Appellen stoisch ins halb-linke Abseits laufen. Ihr genügten Schröders „Hartz 4“-Reformen. Sie bestand auf diesem Namen:

„Der Name bleibt. Er schadet der SPD!“

Fast perfekt gelang es ihren Medien-Profis, die veröffentlichten Kommentare in die Irre zu führen. Nicht die CDU „sozialdemokratisierte“ sich, sondern die SPD verlor nach ihrem halbbreiten Kurs unter und nach Schröder die Hälfte ihrer ehemaligen Wähler und ein Drittel ihrer Mitglieder.

Außenpolitisch hatte sich die Kanzlerin zunächst als „Physikerin der Macht“ in der Bild-Zeitung feiern lassen. Deren ökonomischer Sachverstand reichte jedoch nicht weit. Beide verkannten die entscheidenden ökonomischen Korrelationen:

Die Export-Überschüsse der BRD in West-Europa überforderten zunehmend die Import-Kosten ihrer Abnehmer. Diese konnten nicht länger mit den – vergleichsweise – niedrigen Lohnstück-Kosten mithalten. Hinzu kamen die Pressuren durch ihren dauerintransigenten Finanzminister und ehemaligen Vorsitzenden bzw. Kanzler-Kandidaten (in spe Wolfgang S.) insbesondere gegenüber dem völlig überschuldeten Griechenland. Ihr sonstiger Hofstaat spielte in Brüssel wie in Berlin seine überzogene Rolle als führender Finanzier Europas. Doch seine Erpressungsversuche scheiterten. Man hatte verkannt, dass man Bündnis-Loyalitäten vorsorglich vorher kaufen sollte.

Die Quittung erhielt Frau Merkel auf dem Höhepunkt der sog. Flüchtlings-Krise: Am 4. Sept. 2015 lud sie – ohne irgendeine Abstimmung mit ihren europäischen Partnern sowie Bundestag und Bundesrat – nur scheinbar spontan – alle vor Ungarn gestrandeten Flüchtlinge ein, nach Deutschland zu kommen.

Tatsächlich war diese „Medien-Inszenierung“ vorbereitet: Wenn auch zunächst nur nach und nach traten die dahinterstehenden Interessen deutlich hervor:

- Die Arbeitgeber nutzten die Gelegenheit, den sog. Mindestlohn – „zunächst erst mal für die Flüchtlinge“ zu umgehen.
- Die großen Wohnungs-Gesellschaften erwarteten profitable Geschäfte, mit staatlichen Garantien massenhaft neue, dankbare Mieter zu gewinnen, für deren Kosten die Steuerzahler hafteten.
- Die gesetzlichen Krankenkassen kündigten höhere Beiträge für alle ihre Mitglieder an.
- Die Verbände freier Berufe „erinnerten“ an die neuen Notwendigkeiten, die Kosten für Langzeit-Arbeitslose und andere Sozialhilfe-Empfänger zu senken, „damit es zu keinen Verteilungskämpfen mit den Flüchtlingen käme“.
- Nicht nur die Propagandisten der sog. „Willkommens-Kultur“ ließen die (frühere Kanzlerin der Brieftaschen) und jetzige „Königin der Herzen“ auf ihrer Welle ganz oben mitschwimmen, ohne jedoch fahrlässig die Erhöhung ihrer Einkommenssteuern zugunsten der Flüchtlinge in Kauf zu nehmen – oder gar für diese einen Teil ihrer Häuser zur Verfügung zu stellen.

Wie gewöhnlich war allerdings auch diese „Sympathie“-Welle nicht durchzuhalten. Entgegen beeindruckender Filme und Fotos von rührenden Kindern und weinenden Müttern drängten sich Massen von jungen Männern „ohne Manieren“ auf die Straßen und Plätze. Die kleinen Leute, ohnehin verängstigt, ihren bescheidenen Wohlstand irgendwann mit diesen „Fremden“ teilen zu müssen, richteten ihre Aggressionen nicht gegen die verantwortlichen Urheber und Profiteure, son-

dern – wie gewohnt – gegen die schwächsten Opfer, nämlich die Flüchtlinge, die selbst alles verloren hatten.

Damit konnte Merkels Strategie, öffentliche Kritik gegenüber der Regierung abzulenken, jedoch nur teilweise genügen. Gravierender waren die (absehbaren) Gewinne der AfD zu Lasten der CDU/CSU und SPD. Dagegen hatten ihre Beraterinnen keinen Plan (B), ebenso wenig wie gegen die Schließung der Grenzen ihrer (früheren) europäischen Partner. Vergeblich setzte sie (als einzige?) auf Erdogans (Bürgerkriegs-)Türkei, das einerseits Flüchtlinge herein -, danach aber wieder nur gegen europäische Milliarden-Subventionen – und VISA bzw. Beitritts-Zusagen herauslassen sollte.

C. Epilog und Ausblick.

Wie richten sich die Repräsentanten ihrer Systeme ein?

Zum Schluss geht es um die Aufgabe, unseren thematischen Schlüsselbegriff des „Systems“ zu erklären bzw. zu öffnen. Der „Terminus“ (= lat. Grenzstein) stammt aus dem Alt-Griechischem und bedeutet ein „folgenreichtig angeordnetes Ganzes“.

Viele Laien unterstellen diesem Ganzen eine (zumindest funktional zugeordnete) Anordnung von Personen, die dieses „Ganze“ planen, steuern und organisieren.

Diese Vorstellung verfehlt sowohl die Möglichkeiten dieser Personen als auch die Struktur (lat.: „structura“), d.h. das Gefüge (privat-)kapitalistischer Wirtschaft:

- Dessen Ökonomie wird ge- und be-trieben in Konkurrenzen um die schnellsten und größten Gewinne auf den Märkten und Börsen; deren Händler tauschen Waren und Gelder, spekulieren auf fallende und steigende Kurse, Kosten und Risiken. Ihre „Analysten“ (= früher „Analytiker“) kommentieren und prognostizieren im Interesse ihrer Auftraggeber und Kunden. Sie bewegen sich allein im Rahmen ihrer jeweiligen „Mainstreams“.

- Dieses „System“ bleibt darauf angewiesen, die Potenzen seiner Arbeitskräfte und Angestellten bis zu deren Grenzen ihrer Reproduktionsmöglichkeiten auszubeuten, ihnen den von ihnen erzielten Mehrwert vorzuenthalten, die (restlichen) Naturschätze und Energievorräte endgültig und irreparabel zu verwerten, die natürlichen und kulturellen Umwelten zu überlasten – bis zu deren Ruinen, durch Bürger- und Stellvertreter-Kriege an den Rändern der Industrie-Staaten jeden Frieden zu boykottieren, allein, um ein Prozent der Weltbevölkerung auf Kosten der restlichen neunundneunzig Prozent zu bereichern?

- Wem sollte dieser „Krieg der Reichen gegen die Armen“ (W. Buffet) nützen?

- Wie könnte ein solches System, das unseren Kindern und Kindes-Kindern (selbst der Groß-Kapitalisten!) mehr Waffen und Schulden, Gifte und Drogen hinterlassen wird als Bedingungen, Mittel und Hilfen zum gemeinsamen Überleben der Menschheit geplant, gesteuert und organisiert werden?

- Welche „Eliten“ wollten, könnten, sollten dieses planmäßig versuchen?

- Wozu sollten sie sich dieses leisten?

- Fungierten sie damit nicht im Dienste eines (kollektiven) Todestriebes: „Nach uns die Sintflut“?

- Ließe sich ein solches System, inzwischen als „Globaler Finanzkapitalismus“ interkontinental rotierend, noch im Sinne einer „Sozialen Marktwirtschaft“ kontrollieren, regulieren und systemimmanent reformieren oder

- Bedarf es einer radikal-konsequenten Alternative, in der – nach gleichen Rechten und Pflichten – nur die Mittel und Hilfen hergestellt und auch egalitär verteilt werden, die wirklich alle Menschen in gleicher Weise brauchen?

Betrachten wir nach diesen Fragen und ihrer Maßstäbe unsere drei Kandidaten: Danach erscheint eine sog. Ausnahme wie Trump in seiner (wenn auch etwas penetrant wiederholenden Komik medial (vorübergehend geeignet zum Polit-Clown, mit dem seine Interessenten die Hoffnung verbinden, von den tatsächlich zu entscheidenden Struktur-Konflikten abzulenken:

- Wer könnte sich nicht über seine Frisur wundern, seine Pöbeleien kommentieren?

- Wer fragt stattdessen nach seiner Steuer-Politik?

- Wer besteht dagegen noch öffentlich auf den „Verantwortungen“, gar Haftungen ihrer Sponsoren?

Gegen Putin würden solche „Sponsoren“ in Russland wahrscheinlich nicht öffentlich auftreten. Dort müssten schon in Kreisen der Geheimdienste sowie in den Spitzen seiner Partei eine Abstimmung mit den Finanziers aus der Wirtschaft erfolgen, um zumindest Putins Kurs der „gelenkten Demokratie“ nicht zu gefährden

Auf einen ähnlichen, allerdings „marktkonformen“ (A. Merkel) Kurs dominierender Kapitalverwertungsinteressen käme es auch nach Frau Merkel an.

Ob dazu allerdings die bisher vorgeschobene saarländische „Minimal“-Lösung ausreichen könnte, werden ihre männlichen Parteikonkurrenten entscheiden, falls diese sich (wenigstens dieses Mal) einigen, wie sie ihre tatsächlichen Machtpotentiale verteilen würden.

Bei ihrer Koalitions-„Schwester“-Partei (früher SPD) spielen diese Konkurrenzen keine Rolle mehr. Nach Schröders Agenda 2010 hat die SPD als (Assistenz-)Arzt am Krankenbett des Krisen-Kapitalismus die letzten Hoffnungen auf Reste sozialer Gerechtigkeiten verloren.

Inzwischen versuchen dagegen Worttäuscher aus der AfD, die sog. Altparteien vor sich herzutreiben. Sollte deren „Notgemeinschaft“ nicht den (zwar verfassungswidrigen, doch parteipolitisch opportunen) Ausweg versuchen, in Art. 79, IV GG (neu) den „Grundsatz“ der „Großen Koalition“ als „unveränderlich“ zu normieren?

Über den Autor:

Hagen Weiler, Dr. iur., Dr. rer. pol., Dipl. Pol., 1959-1971 Studien der Rechts- und Politik-Wissenschaften sowie der Pädagogik an den Universitäten Bonn, Köln, Berlin. 1973-2005 am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen.

Anschrift:

Dr. Dr. Hagen Weiler

David-Hilbert-Str. 17

37085 Göttingen

Erklärung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen bringt mit der nachfolgenden Erklärung ihre Besorgnis angesichts der in letzter Zeit zunehmenden antisemitischen Äußerungen und Aktionen zum Ausdruck.

Nach der Erfahrung von Verfolgung und Vernichtung durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft haben die trotz alledem in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden sehr langsam und in einem Jahrzehnte andauernden Prozess Vertrauen gefasst, dass sie in diesem Land leben können.

Heute sehen sich Jüdinnen und Juden in ganz Deutschland und darüber hinaus zunehmend genötigt, ihre Identität zu verbergen, um nicht zum Ziel antisemitischer Übergriffe zu werden. An Schulen werden jüdische Kinder und Jugendliche ausgegrenzt, beleidigt und bedroht. Jüdische Grabstätten werden geschändet und Synagogen angegriffen.

Gelsenkirchen bildet leider keine Ausnahme. Ein Jugendlicher der Gelsenkirchener Gemeinde drückt die Stimmung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in einem Lied für die Jewrovision 2019 so aus:

„Keiner von uns frei, weil dieser Hass uns wieder bricht. ...Für uns ist das Normal-Leben sowas wie ein Traum gewesen. Man könnte auch vom Traum von endlich Heimat reden. Doch dieser Traum ist wohl in Deutschland am Versagen. Wieso ist ne Kippa ein Grund einen Juden so zu schlagen? ... Das vor 70 Jahren, es klopft an und ist jetzt da. ...“

Antisemitische Einstellungen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, sei es durch direkte Anfeindungen der hier lebenden Jüdinnen und Juden, sei es durch eine Kritik am Staat Israel, die scheinbar nur politische Entscheidungen seiner Regierung verurteilt, in Wirklichkeit jedoch Israel als jüdischem Staat, in dem Jüdinnen und Juden in Sicherheit vor Verfolgung leben können,

seine Existenzberechtigung abspricht.

Wir beobachten auch die Auswirkungen antisemitischer Ressentiments, mit denen viele der Menschen aufgewachsen sind, die als Kriegsflüchtlinge aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu uns gekommen sind. Wir begrüßen, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik und Gesellschaft gelang, ihnen Aufnahme und Schutz zu gewähren. Doch wenn antisemitisches Denken seinen Ausdruck in judenfeindlichen Verhaltensweisen im Alltag findet, macht uns das nicht weniger besorgt, als wenn sich Antisemitismus im deutschen politischen Spektrum zeigt.

Wir stellen klar: Wer Jüdinnen und Juden und jüdisches Leben in Deutschland – in welcher Form auch immer – angreift, der greift die Grundlagen unserer Gesellschaft an, der tritt die Menschenwürde und Grundrechte aller mit Füßen.

Deshalb erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer Jüdinnen und Juden in diesem Land angreift, der greift auch uns an!

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung den Kampf anzusagen und für ein freiheitlich demokratisches Zusammenleben einzutreten.

Wir appellieren an alle, die in der Politik Verantwortung tragen, mit Artikel 1 des Grundgesetzes Ernst zu machen und die unantastbare Menschenwürde durch alle staatliche Gewalt zu schützen.

Unsere Solidarität und Verbundenheit gilt unseren jüdischen Partnern und Freunden und Freundinnen. Sie sollen wissen, dass sie in der Bedrängnis, die sie gegenwärtig erfahren, nicht alleinstehen.

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen am 14. März 2019

Impressum BLICKPUNKT ZUKUNFT© ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Schützenhofstraße 103 d, D-26133 Oldenburg

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

Buchempfehlung

„Ein hemmungslos optimistischer Plan, wie wir den Kapitalismus überwinden und die Demokratie retten können“



UVK-Verlag, München 2018, 292 Seiten
ISBN: 9783867648943, 17,99 €

„Dieses Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Strategie der Transformation vom Kapitalismus zu einer demokratischen sozialen und nachhaltigen Gleichgewichtsgesellschaft im 21. Jahrhundert.“

Alfred Eibl für Attac Deutschland – Mitglied im KoKreis

Inhalt:

- Geschichte, Bedingungen und Chancen der Demokratie
- Dezentralisierung – Kommunen ins Zentrum der Demokratie rücken
- Direkte Demokratie – die stärkste Waffe gegen den Populismus
- Neue Vorschläge über Wahlen, Parlamente und Abgeordnete
- Das Tribunat – eine geloste Vetokammer, die alle Schichten der Bevölkerung repräsentiert
- Die „Nichtregierung“ – warum das Konkordanzprinzip die beste Regierungsform ist

- Eine neue Gewaltenteilung – das Modell der sieben Gewalten
- Eine Verfassung für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europa
- Die Assoziation für Demokratie und Entwicklung – der Weg zur Demokratisierung der UN
- Handlungsplan zur postkapitalistischen Gleichgewichtsgesellschaft

Auszug aus dem Prolog

„Ich bin überzeugt davon, dass Demokratie eine großartige Errungenschaft ist...“

Leider ist die moderne Demokratie aber nicht wirklich modern. Alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, ist keine Volksherrschaft. Lautstarke Reden und Talkshows sind keine demokratischen Dialoge. Auch die Rituale der Parteien verlieren an Attraktivität. Und die heutige Form der Gewaltenteilung stammt aus dem 18. Jahrhundert. Die Organisation der heutigen Demokratie ist entstanden aufgrund der Erfahrungen der ersten Demokraten mit Kaisern und Königen und deren Beamten und Richtern. Das Wahlsystem zum US-Präsidenten stammt sprichwörtlich aus den Zeiten der Postkutsche: Man wählte einen Wahlmann, der mit der Kutsche nach Philadelphia – später dann nach Washington – fuhr, wo sich die Kandidaten vorstellten.

Heute hat die Demokratie es mit anderen Problemen zu tun: Mit internationalen Konzernen, die Politik für ein Geschäftshindernis halten und Regierungen unentwegt mit der Arbeitsplatzkeule drohen; mit Medienmonopolen wie dem von Berlusconi in Italien oder von Rupert Murdoch in England und in den USA. Dessen Fernsehsender haben mit Falschmeldungen entscheidend dazu beigetragen, dass die beiden Länder in den Irakkrieg zogen, dass der Klimawandel in den USA als chinesische Erfindung abgetan wurde und dass schließlich ein Trump Präsident wurde. Wir haben es mit Finanzmarktakteuren zu tun, die Staaten samt ihrer Regierungen und der Bevölkerung erpressen können; und schließlich auch noch mit Populisten, die zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts zurückwollen.

In dieser Situation brauchen wir mehr als einige kleine Verbesserungen im politischen Dialog oder eine lautstarke Rede für Europa. Damit die Politik ertüchtigt wird, muss die Demokratie selbst so weiterentwickelt werden, dass sie in der Postwachstumsgesellschaft des 21. Jahrhunderts im Interesse der Menschen besser funktionieren kann. Wenn wir unsere Demokratie, unseren Sozialstaat, unser friedliches Zusammenleben retten wollen, wenn wir die Ungleichheit reduzieren, die Klimakatastrophe verhindern, das Ansehen der Politik wiederherstellen wollen, dann reicht kein Klein-Klein. Wir brauchen eine demokratische Erneuerung – eine Revolution der Demokratie selbst.

Weitere Empfehlungen:

„Hier werden die großen Fragen aus dem politischen Warteraum geholt und dazu eine Demokratie gezeichnet, mit der sich diese Fragen auch bearbeiten lassen. Ein Buch, das neue Denkfährten anbietet, anstößt und ermutigt.“

Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher Mehr Demokratie e.V.

„In Zeiten, in denen demokratische Grundlagen massiv bekämpft und in Frage gestellt und Werte, die diese Gesellschaft tragen, destabilisiert werden, sind demokratisches Engagement und Beiträge zur Weiterentwicklung demokratischer Strukturen von zentraler Bedeutung. Zu dieser essenziellen Debatte trägt Karl-Martin Hentschel mit seinem Buch wichtige Denkanstöße bei, über die es sich zu diskutieren lohnt.“

Der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

„Der Autor schildert den notwendigen Übergang von unserer Wachstums-Gesellschaft hin zu einem neuen ökologischen Gleichgewicht. Dieses Buch regt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer Demokratie an und ist ein notwendiger Beitrag zur Debatte, wie unsere Demokratie weiterentwickelt werden muss, um diese Zukunft bewältigen zu können.“

Claudia Bielfeldt, Vorsitzende des BUND Schleswig-Holstein

An alle Theatermacher!

Tipping Point – Kipp-Punkt

Ein Theaterstück von Werner Mittelstaedt

Das weltweit erste Theaterstück, das den durch uns Menschen verursachten Klimawandel behandelt



Über das Theaterstück: Es ist Samstag, der 6. Juni 2026. Zur besten Sendezeit strahlen die Fernsehsender ARD, ZDF, 3Sat, ARTE, PHOENIX und EURONEWS erstmals gemeinsam die bekannte Talkshow »Bettina ROLAND« live im Fern sehen aus. Normalerweise ist der Sendeplatz für diese Talkshow freitags ab 23.00 Uhr nur im ZDF. Dass diese Sendung nun zur Primetime an einem Samstag von sechs Fernsehsendern zeitgleich ausgestrahlt wird, hat einen ganz ersten Hintergrund: Der »Tipping Point« (Kipp-Punkt) im Klimasystem der

Erde mit langanhaltenden lokalen und globalen Auswirkungen ist eingetreten. Der Weltklimarat hat darüber am 1. Juni 2026 auf der in die Geschichtsschreibung eingehenden Pariser Pressekonferenz die Weltöffentlichkeit informiert.

Kurz vor der Sendung wird Bettina Roland mit vielen Neuigkeiten konfrontiert und gerät aus unterschiedlichen Gründen in unangenehme Situationen. Dann diskutiert sie mit ihren sechs Gästen, wie es zum »Tipping Point« kommen konnte und was unternommen werden muss, um seine Folgen erträglich zu halten.

Es entwickelt sich eine äußerst turbulente Gesprächsrunde, die viele Überraschungen parat hält. Dabei kommen nahezu alle relevanten Daten und Fakten über den Klimawandel und die Möglichkeiten ihn einzudämmen kontrovers zur Sprache.

Länge: 80 Minuten

Rollenanzahl: 8, (3 w, 5 m)

Altersstufen: Erwachsenentheater, 10. bis 13. Schuljahr

Leseprobe, Ansichtsexemplar, Rollentexte sind erhältlich bei der Theaterbörse Braunschweig über das Internet:

www.theaterboerse.de/shop/de/theaterstuecke/genre-umwelt-gentechnik/4068-tipping-point-kipp-punkt.html#

ZUKUNFTSKOMMUNEN **www.zukunftskommunen.de**

Wer sind wir?

Wir, Forschende und Praktizierende des Projektes Transformbar, träumen von einer fairen und sauberen Welt. Wir glauben, dass eine solche Welt möglich ist. Wir wissen, dass sich viele Kommunen in unserem Land auf den Weg dorthin begeben haben: Zum Beispiel in vielen hundert Transition Towns, Bioenergiedörfern, Ökodörfern oder pestizidfreien Kommunen wie auch in

tausenden Initiativen und Unternehmen, die sich auf der Karte von morgen finden.



Franziska Brocksch, Anna Deckert, Peter Schmuck (oben, v. l. n. r.), Frank Ulmer, Timo Kaphengst, Jana Werg (unten, v. l. n. r.)

Diese Plattform dient kleinen und mittelgroßen Kommunen (bis 30.000 Einwohner) zur Verbreitung innovativer Ansätze der kommunalen Nachhaltigkeitstransformation. Die auf unserer Website

www.zukunftskommunen.de

portraitierten Kommunen zeichnet aus, dass jeweils drei oder mehr innovative kommunale Vorhaben mit Erfolg umgesetzt worden sind. Damit wird ein Austausch über Besuche oder andere Kontakte in besonderer Weise anregend.

Die Plattform wird gefördert im Rahmen des BMBF Förderprogrammes „Kommunen innovativ“. Sie ist Teil des Projekts TransformBar, in dem kommunale Beteiligungsprojekte erprobt und verbreitet werden.

Aktuell kooperiert in diesem Projekt die Kommune Treuenbrietzen mit Forschenden der DIALOGIK und mit UmweltpsychologInnen der e-fect dialog evaluation consulting eG sowie der Georg-August-Universität Göttingen.

Unser Team arbeitet an der Erprobung und Verstetigung von bürgergetragenen Projekten sowie der Verbreitung von Prozesswissen und Erfolgsfaktoren, die zum Gelingen solcher Vorhaben beitragen.

Die Mitglieder des Projektteams freuen sich über Ihre Fragen und Anregungen!

DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH Lerchenstr. 22, 70176 Stuttgart

- Frank Ulmer (Projektleitung), ulmer@dialogik-expert.de, +49 (0)711/259717-21
- Anna Deckert
E-Mail: deckert@dialogik-expert.de, +49 (0)711/259717-25

e-fect dialog evaluation consulting eG

- Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin
- Jana Werg, werg@e-fect.de, +49 (0)30 44 738 774
 - Timo Kaphengst
E-Mail: kaphengst@e-fect.de, +49 (0)331 58114069

Georg-August-Universität Göttingen, Zentrum für Nachhaltige Entwicklung, Goldschmidtstr. 1, 37077 Göttingen

- Peter Schmuck, peter.schmuck@geo.uni-goettingen.de, +49 (0)3050381740

Stadt Treuenbrietzen

- Franziska Brocksch, Projektmitarbeiterin Bürgerbeteiligung, Stadtverwaltung Treuenbrietzen, Großstraße 105, 14929 Treuenbrietzen
E-Mail: F.Brocksch@Treuenbrietzen.de
+49 (0) 3374874762,
Internet: www.Treuenbrietzen.de/buergerbeteiligung

Tipps zum Starten von Zukunftsprojekten in Kommunen

Verstehen – Entwickeln – Bewerben – Motivieren – Ausgleichen – Verstetigen

Kommunale Projekte und Initiativen können nur funktionieren, wenn man sich ein vollständiges Bild von den Ausgangsbedingungen macht und versteht, wo die Probleme einer Kommune, aber auch deren Potenzial liegen. Auf Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern können Visionen für die Kommune und konkrete Ideen entwickelt werden. Damit sich viele an diesen Prozessen beteiligen, sollten die Veranstaltungen kreativ und effektiv beworben werden. Liegen die Ideen dann auf dem Tisch, gilt es, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu motivieren, sie auch umzusetzen. Hin und wieder treten Konflikte zwischen Akteuren auf und Interessen müssen ausgeglichen werden. Am Ende haben Projekte nur langfristigen Erfolg, wenn man es schafft, sie zu verstetigen.

Auf der Website **www.zukunftskommunen.de** finden Sie praktische Tools und Formate, die Ihnen helfen, diese Phasen in Ihrer Kommune erfolgreich zu gestalten.

Für Ihre grundsätzlichen Fragen zu kommunalen Beteiligungsprozessen haben wir einiges an Erfahrungswissen zusammengetragen, um Ihnen ein paar knackige Handreichungen zu geben.

Darüber hinaus informiert die Website **www.zukunftskommunen.de** über zahlreiche Erfolge und liefert sehr viel Hintergrundwissen.

In einer Pressemitteilung vom 31. Mai 2019 schrieb Professor Peter Schmuck von Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der Georg-August-Universität Göttingen:

Im vergangenen Jahr sind viele Dinge passiert, von denen am 1. Juni 2018, als unsere Seite freigeschaltet wurde, kaum jemand zu träumen wagte.

- Im August sass ein Mädchen in Stockholm mit einem Plakat vor dem schwedischen Parlament: „Skolstrejk för klimatet“. Kürzlich waren Menschen in über 100 Ländern unseres Planeten auf der Straße für das Klima.
- Über 23.000 Wissenschaftler schlossen sich der Allianz für die Erhaltung des Klimas an. Auch Eltern, Journalisten, Bürgermeister, Studenten sind auf dem Weg, die Anliegen unserer Kinder und Enkel zu unterstützen.

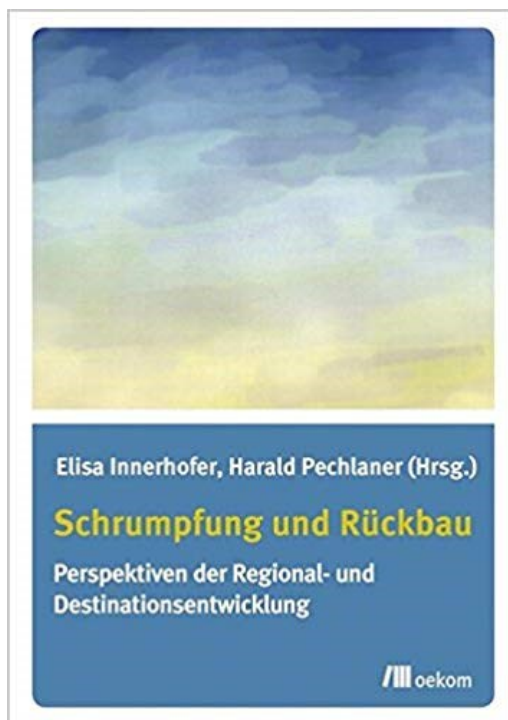
- Beim Kohleausstieg, am 1. Juni 2018 noch nebulös in weiter Ferne liegend, wird seit dem 18. Januar 2019 nicht mehr debattiert, ob er kommen wird, sondern ob er 2030 oder 2038 abzuschließen ist.
- Die 1989er Regierungen des Ostblocks ignorierten seinerzeit den „Wind of Change“. Die Geschichte hat sie weggefegt.
- Kluge Regierungen, die deren Schicksal nicht teilen mögen, werden nun sehr schnell handeln.
- Und bis dahin handeln wir. In Deutschland kann sich heute jeder Mensch auf unserer Plattform informieren, wo die nächstgelegene Zukunftskommune ist.
- In etwa einer Reisestunde ist von jedem Ort unseres Landes eine dieser Kommunen erreichbar, wo die

Menschen gerne zeigen, wie die Zukunft unserer Kommunen ökologisch, fair und attraktiv gestaltet werden kann.

Wir rufen alle Akteure in den Zukunftskommunen auf, die Pressemitteilung unten in den lokalen Medien zu verbreiten. Gerne angereichert um die tollen Entwicklungen und Neuigkeiten in Ihrer Zukunftskommune.

Gutes Gelingen wünscht Ihnen weiterhin im Namen des Teams

Ihr Peter Schmuck



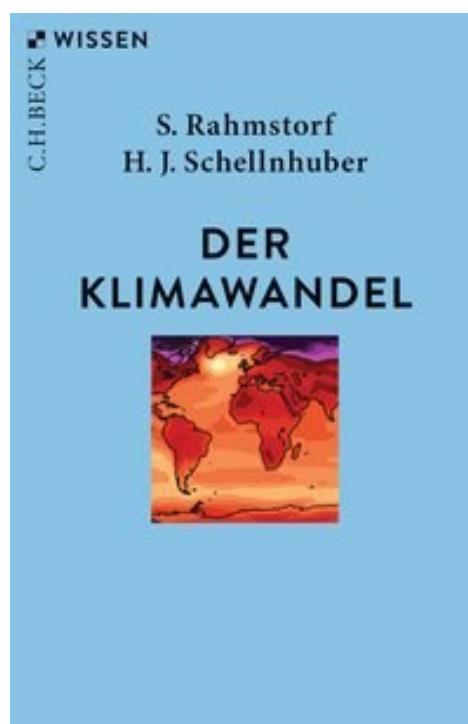
oekom, München 2017, 248 Seiten
ISBN: 9783960060185, 24.95 €

Immer deutlicher tritt zutage, dass flächendeckendes Wachstum nicht möglich ist: Boomende Zentren sind ohne ihre Gegenpole nicht zu haben – Wachstum und Rückzug sind zwei Seiten einer Medaille, sie existieren nur mit- und nebeneinander. Was wir daher brauchen, ist eine Debatte über Strategien für Räume, deren Zukunft in wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Hinsicht ungünstig aussieht.

Der vorliegende Band thematisiert Schrumpfung und Rückbau vor allem als Teil einer Entwicklung und weniger als das Gegenteil von Wachstum. Die wissenschaftlichen und praxisbezogenen Beiträge sollen zu einer Sensibilisierung für diese räumlichen Entwicklungen beitragen. Wenn wir Rückzug und Rückbau als Chance begreifen, betroffene Gebiete als Lebens- und Erlebnisräume neu zu positionieren, können periphere Räume Attraktivität zurückgewinnen. Das Buch ist ein Plädoyer, Ausstiegs- oder Schrumpfungsprozesse aktiv zu gestalten, um die Herausforderungen und Probleme derartiger Räume gezielt angehen zu können.

Elisa Innerhofer ist Senior Researcher am Institut für Regionalentwicklung an der Europäischen Akademie Bozen und in der Hotellerie tätig. Sie promovierte zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Zu ihren Forschungsinteressen zählen Destinations- und Regionalentwicklung sowie die Kreativwirtschaft.

Harald Pechlaner ist Inhaber des Lehrstuhls Tourismus und Leiter des Zentrums für Entrepreneurship an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie Leiter des Instituts für Regionalentwicklung an der Europäischen Akademie Bozen. Er ist Adjunct Research Professor an der Curtin University in Perth, Westaustralien und Mitglied der European Academy of Sciences and Arts.



C.H. Beck, München 2019, 144 Seiten
ISBN: 9783406743764, 9.95 €

Welche Faktoren sind für unser Klima verantwortlich, wie kommt es zum weltweiten Klimawandel und welche

Gegenmaßnahmen müssen ergriffen werden? Zwei international führende Experten geben einen kompakten und verständlichen Überblick über den aktuellen Stand unseres Wissens und zeigen Lösungswege auf.

Stefan Rahmstorf leitet die Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Hans Joachim Schellnhuber ist Gründer und emeritierter Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung.



Blessing, München 2018, 249 Seiten
ISBN: 9783896676092, 15.00 €

Aus der Zusammenarbeit mit Werner Boote, mit dem zusammen sie das Drehbuch für seinen Film "The Green Lie" (ab März 2018 in den Kinos) verfasste, in dem sie auch selbst mitwirkt, entstand dieses aufrüttelnde Buch. Greenwashing, also das Bemühen der Konzerne, ihr schmutziges Kerngeschäft hinter schönen Öko- und Sozialversprechen zu verstecken, ist erfolgreicher denn je. Aber jenseits der grünen Scheinwelt schreitet die Zerstörung rapide fort. Laut dem Global Footprint Network lebt die Weltbevölkerung derzeit so, als hätte sie 1,6 Erden zur Verfügung. Würden alle auf der Welt so konsumieren, wie es Menschen in reichen Ländern wie Deutschland tun, bräuchte es 3,1 Erden, um den "Bedarf" zu decken. Der Verbrauch pflanzlicher, mineralischer und fossiler Rohstoffe hat sich zwischen 1980 und 2010 von 40 auf 80 Milliarden Tonnen verdoppelt. Die Artenvielfalt nimmt ab, Wälder schwinden, Böden degradieren, Emissionen steigen und der Hunger wächst.

Alle wissen das. Trotzdem hält Greenwashing jedweder Aufklärung stand. Je gebildeter die Zielgruppe, je schädlicher das Produkt ist und je absurder das daran geknüpfte Öko-Versprechen, je offensichtlicher also die grüne Lüge ist, desto eher wird sie geglaubt.

Doch die Menschen wehren sich weltweit gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Wie der peruanische Bauer Saúl Luciano Lliuya, der den Energiekonzern RWE vor einem deutschen Gericht verklagt.



Kohlhammer, Stuttgart 2018, 171 Seiten
ISBN: 9783170336704, 49.00 €

Coworking (= Arbeit in gemeinsamen Büros mit einheitlicher Infrastruktur) und Coliving (= Arbeit in gemeinsamen Gebäuden oder einer Wohnung mit Gemeinschaftsräumen und Einzelarbeitsplätzen sowie exklusiven Accessoires) sind im kreativ-innovativen Arbeitsumfeld sehr beliebt. Sie stehen für zeitliche Flexibilität, digitale Arbeitswelten, Offenheit und Wertewandel sowie den neuen Gemeinschaftsgedanken ("Community"), damit sind beide Entwicklungsphänomene gerade für Wissenschaftler, Kreative, Künstler, Selbständige und (Start-up-)Unternehmer attraktiv. Durch fehlende organisatorische, finanzielle und soziale Verpflichtungen erlauben Coworking und Coliving den Beteiligten eine einfache Auflösung/Trennung und sind im Grunde auf Zeit angelegt. Sie liegen damit, glaubt man Zukunftsforschern, voll im Trend des Mobilien und Temporären. In der Raum- und Regionalentwicklung versucht man unter Rückgriff auf diese temporären Konzepte regionale Entwicklungs-, Veränderungs- und Wachstumsprozesse zu initiieren. Die Bandbeiträge stellen zunächst die möglichen Konzepte vor und zeigen anschließend anhand von Beispielen aus Deutschland und Österreich die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes als regionale Entwicklungsstrategie.

Herausgeber und Autoren sind ausgewiesene Fachleute, die sich mit unterschiedlichen Aspekten moderner Lebens-, Arbeits- und Regionalentwicklungsbedingungen beschäftigen.



Verantwortung und Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – gestern, heute und morgen:

Werden Sie Teil des Netzwerks der
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Seit mehr als 50 Jahren setzt sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) e.V. für verantwortliche und nachhaltige Wissenschaft ein. Diese zu gestalten, interdisziplinär zu verknüpfen und die Chancen und Risiken der Forschung offen zu diskutieren ist ihre Kernaufgabe. So wurde die VDW als deutsche Sektion der internationalen Pugwash-Konferenzen zu *Science and World Affairs* mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Wie wir arbeiten

In Studiengruppen, Projekten und Veranstaltungen setzen sich unsere Mitglieder mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu unseren Kernthemen **Frieden & Abrüstung** · **Klima & Biodiversität** · **sozio-ökologische Transformation & soziale Gerechtigkeit** · **Digitalisierung & Gesellschaft** · **Whistleblowing & Gestaltung der Wissenschaftspolitik** auseinander.

Wirtschaftlich und politisch unabhängig beziehen wir aktiv Stellung, arbeiten an Projekten und Zukunftsthemen und fördern Dialogprozesse zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. In der VDW treffen und engagieren sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die auf der Basis ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse einen Beitrag für die Gestaltung einer nachhaltigen Welt leisten möchten.

Auch Sie können Teil der VDW werden und verantwortungsvolle Wissenschaft mitgestalten

Austausch & Netzwerken: Die VDW ist eine Plattform für den Austausch von Expertise und Wissen mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Mitgestalten: Arbeiten Sie in unseren Studiengruppen mit, die aktuelle Herausforderungen und Themen diskutieren und geben Sie Impulse für Veranstaltungen.

Forschungsideen umsetzen: Die VDW bietet ihren Mitgliedern die Möglichkeit, Forschungs- und Projektideen in die Praxis umzusetzen.



Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Marion Burkard

marion.burkard@vdw-ev.de

030-21234056 / Weitere Infos unter www.vdw-ev.de

